

Die Hietzinger Grünalternativen

Eine offene Gesellschaft braucht Rückgrat und Weitblick!

Interview mit Eva Glawischnig

Mit welchen Themen gehen die Grünen in die kommende Wahl?

Wir wollen das Steuersystem gerechter und ökologischer machen. Unsere ökosoziale Steuerreform belohnt umweltgerechtes Handeln und ermöglicht damit eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Österreich. In Wahrheit gibt es keinen Gegensatz zwischen Umwelt und Wirtschaft, beides kann zukunftsorientiert zusammengeführt werden. Die ökosoziale Steuerreform verschiebt die Steuerlast weg von menschlicher Arbeit hin zu Umwelt- und Ressourcenverbrauch. Das schafft Anreize zum schonenden Umgang mit Ressourcen und zum Einsatz umweltfreundlicher Technologien. Die niedrigere Besteuerung von Arbeit schafft neue Arbeitsplätze. So ist etwa Klimaschutz letztlich vorausschauende Wirtschaftspolitik.

Ist nach der Hochwasserkatastrophe vom Sommer das Thema Umweltschutz wieder verstärkt auf der Tagesordnung?

Die Hochwasserkatastrophe hat allein in Österreich Schäden von mehr als 7,5 Mrd.



Euro verursacht. Nach rascher Hilfe für die Betroffenen ist es nun wichtig, dass aus der Katastrophe auch wirklich Lehren für die Zukunft gezogen werden. Schließlich war die Flut zu großen Teilen hausgemacht. Ursachen für das dramatische Ausmaß sind unter anderem verfehlte Flussbau- und Klimaschutzpolitik. Umweltschutzmaßnahmen sind daher die beste Investition in einen wirksamen Katastrophenschutz. Die Finanzierung entsprechender Umweltschutzmaßnahmen würde lediglich einen Bruchteil der Schadenssumme ausmachen.

Welche konkreten Pläne verfolgen die Grünen im Bereich der Energiepolitik?

Wir wollen die Energiewende. Das heißt, den Atomausstieg auf europäischer Ebene voran zu treiben. Gerade dafür ist eine Förderung für Alternativenergien im Rahmen eines wirklichen Ökostromgesetzes notwendig.

Sie haben eine neue Frauenpolitik als eines Ihrer zentralen Wahlkampfthemen angeführt.

Was wollen die Grünen konkret?

Frauen muss endlich ein gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht

werden, ohne dass sich ihre Berufsperspektiven auf Teilzeit und auf klassische Frauenberufe beschränken. Es geht hier nicht nur um die Frauenkarriere abseits von Haushalt und Kindererziehung, sondern um die soziale Absicherung, damit diese Frauen einen eigenständigen und ausreichenden Pensionsanspruch überhaupt erwerben können. Frauenspezifische Aus- und Weiterbildungsprogramme erleichtern den beruflichen Wiedereinstieg. Ziel ist, dass jede Frau, die berufstätig sein will, einen guten Arbeitsplatz bei gerechter Bezahlung findet. Frauenförderungsprogramme in den Betrieben durchbrechen die "gläserne Decke", die Frauen den Weg in Führungspositionen versperren. Das Grüne Karenzkonto ermöglicht beiden Eltern, die Betreuung ihrer Kinder so zu gestalten, wie sie es zeitlich und beruflich für sinnvoll halten. Die Betonung liegt dabei auf einer partnerschaftlichen Aufteilung der Kinderbetreuung, daran sind in diesem Modell auch finanzielle Anreize geknüpft. Zusätzliche Kindergartenplätze sind dabei das eine, flexible Öffnungszeiten das andere. Die Schaffung einer eigenständigen Altersabsicherung für Frauen bleibt aber das vordringlichste Projekt.

Welche Maßnahmen der schwarz-blauen Regierung sollen rückgängig gemacht werden?

Wesentliche Punkte sind die Abschaffung der Studien- und Ambulanzgebühren und

Treffen der Bezirksgruppe jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr beim „Lustigen Radfahrer“ in der Rohrbacherstr. 21. Wir freuen uns auf Ihr Kommen! <http://hietzing.gruene.at>

IMPRESSUM: MHV: Die Grünen - Grüne Alternative Wien, 1070 Wien, Lindengasse 40. DVR 1021184.

Redaktion: Bettina Klaninger, Ingrid Risha, Albert Hirl, Gerhard Jordan (hietzing@gruene.at, Tel. 4000/81832).

Fotos: K. Baumgarten, Die Grünen, P. Horn, G. Jordan, B. Klaninger, M. Landerer, C. Prieler, I. Risha, B. Roth, P. Saßmann.

LayOut: Souterrain Group. **Druck:** Donau Forum Druck. Gedruckt auf Umweltschutzpapier.

wir wollen Menschen mit geringem Einkommen durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entlasten.

Wie stehen Sie zu einer möglichen Regierungsbeteiligung?

Wir stehen als Regierungspartei nur dann zur Verfügung, wenn ein zukünftiger Koalitionspartner bereit ist, eine grundlegende Neuorientierung der österreichischen Politik mitzutragen. Das gilt auch und gerade für die SPÖ. Schließlich gibt es dort immer noch eine "Beton-Fraktion", die eine Erneuerung der Partei bislang verhindert hat.

Welches Ziel setzen Sie sich im Regionalwahlkreis?

Ich kandidiere im Regionalwahlkreis Wien-Südwest, das sind die Bezirke 13 bis 15 und 23 und der Wahlkreis von Bundeskanzler Schüssel. Wir wollen aufzeigen, dass Wolfgang Schüssel selbst im eigenen Bezirk Hietzing durch

seine Politik der letzten Jahre und durch seine politische Anpassung an die Freiheitlichen Sympathien verspielt hat. Es ist Zeit für einen Wechsel. Wir stehen für eine Politik, die eine wirkliche Alternative darstellt, auch zu Rot-Schwarz. Im Regionalwahlkreis, in dem Herr Schüssel auch zur Wahl steht, strebe ich das Grundmandat an.

Dr. Eva Glawischnig ist Nationalratsabgeordnete, stellvertretende Bundessprecherin der Grünen und Spitzenkandidatin im Regionalwahlkreis Wien-Südwest. Aufgewachsen in Kärnten, zog sie nach dem Studium in Graz nach Wien, wo sie ab 1995 als Umweltsprecherin der Grünen arbeitete. 1999 trat sie als Wiener Spitzenkandidatin der Grünen bei der Nationalratswahl an und arbeitet seitdem als Parlamentarierin. Die 1969 geborene Umweltjuristin hat schon zu Beginn ihrer politischen Arbeit im Nationalrat eine zentrale BereichssprecherInnenrolle der Grünen übernommen: die der Umweltsprecherin.

Auch in Hietzing muss es **sozialen Wohnbau** geben!

Hietzing ist ein sehr schöner Bezirk mit hoher Lebensqualität. In den letzten Jahren wurden zwar neue Wohnungen gebaut, doch auf den sozialen Wohnbau wurde und wird dabei völlig verzichtet. So wird ein Großteil der neuen Wohnungen zu überhöhten Preisen angeboten, bzw. in den Medien als Luxuswohnungen für Kapitalanlagen beworben.

Dies bedeutet, dass es nicht um Schaffung von Wohnraum für junge Menschen geht, sondern vielmehr um Spekulationsobjekte. Dadurch wird leider der maximalen Nutzung und Verbauung von Grünflächen, wie die Bauten in der Auhofstraße/ Feldmühlgasse um das Areal der "Klimt-Villa" zeigen, Tür und Tor geöffnet. In der Auhofstraße Nr.8 drohen ein weiterer Verlust von Grünflächen sowie Baumfällungen, um sogenannte "Parkresidenz"-Luxuswohnungen mit Tiefgarage zu errichten.



Bettina Klaninger
Studentin und
Kandidatin im
Regionalwahlkreis
Wien-Südwest

Dass die BezirkspolitikerInnen dem tatenlos zusehen, ist unverständlich.

Was für junge Menschen fehlt, sind geförderte Miet-, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen. Diese dramatische Entwicklung hatte bisher zur Folge, dass seit 1991 etwa 5.000 vor allem junge Menschen weniger in Hietzing leben.

Um weiteren unsozialen Entwicklungen, wie z.B. den Studiengebühren (diese würden von den Grünen abgeschafft werden) gegenzusteuern, ist es diesmal besonders wichtig, die Grünen zu wählen. Ein Gipfel der Diskriminierung ist, dass ausländische StudentInnen, die aus Nicht-EU-Staaten kommen, die Studiengebühren in doppelter Höhe bezahlen müssen. Auch hat sich seit der Einführung der Studiengebühren weder für die Lehrenden noch für die Studierenden etwas verbessert. Wir Grünen fordern daher auch einen Stopp des Universitätsgesetzes 2002 und die Einführung teamorientierter demokratischer Universitätsstrukturen.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die schwarz-blaue Regierung ist gescheitert, bevor sie noch mehr Schaden (z.B. den Kauf der "Eurofighter") anrichten konnte. Es liegt jetzt an Ihnen, eine Neuauflage zu verhindern. Das geht ganz einfach: ÖVP und Freiheitliche dürfen mitsammen keine rechnerische Mehrheit erhalten! Alles andere birgt das Risiko in sich, dass Wolfgang Schüssel, um Bundeskanzler zu bleiben, mit einer seit Knittelfeld nach rechts gerückten FPÖ weiter koalitiert.

Doch ist SPÖ wählen die Alternative? Dort gibt es immer noch eine starke Tendenz, die zurück zur alten Großen Koalition will, mit Parteibuchwirtschaft und Betoniermentalität. In diesem Fall droht sogar eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, die Verfassungsänderungen ganz nach Belieben ermöglicht.

Eine Stimme für die Grünen am 24. November hilft nicht nur, eine schwarz-blaue Mehrheit zu verhindern und die Grünen zur dritten Kraft vor der FPÖ zu machen, sondern sie trägt auch dazu bei, die Grünen im Verhältnis zur SPÖ so zu stärken, dass ein Rückfall letzterer in die alte Machtpolitik verhindert wird und es zu einer echten "Wende der Wende" kommt. Im Regionalwahlkreis Wien-Südwest, zu dem Hietzing gehört, ist Dr. Eva Glawischnig Spitzenkandidatin der Grünen. Ein Grundmandat wäre ein deutliches Signal, um einem echten Kurswechsel zum Durchbruch zu verhelfen.

Wir informieren Sie in dieser Zeitung auch über positive und negative Ereignisse in der Hietzinger Kommunalpolitik. Einige Weichenstellungen (Vorrang für die Schiene, Unterstützung des Bundes für eine ökologisch verträgliche und attraktive Neugestaltung des Bereiches Schönbrunn, etc.) hängen nicht zuletzt davon ab, welche Kräfte im Bund (also im Parlament bzw. in der Regierung) gestärkt werden.

Gerhard Jordan
Bezirksrat und Klubvorsitzender



Mehr über die Ziele der Grünen erfahren Sie auf der Homepage <http://hietzing.gruene.at>. Unsere E-Mail-Adresse: hietzing@gruene.at, Telefon: 4000/81832.



WER, WENN NICHT WIR? Die ersten 8 der Wiener Grün-Liste, v.l.n.r.: Ulrike Lunacek, Alexander Van der Bellen, Karl Öllinger, Eva Glawischnig, Dieter Schrage, Terezija Stoisits, Alev Korun und Albert Steinhauser.

Österreich braucht jetzt verantwortungsvolles Handeln

Das blau-schwarze Experiment auf Kosten Österreichs ist zu Ende. Der Plan von Bundeskanzler Schüssel, die Haider-FPÖ zu zähmen, ist gescheitert. Die FPÖ hat zweieinhalb Jahre lang den Kurs in der Regierung bestimmt.

Doch Schadenfreude wäre jetzt fehl am Platz. Dringende Aufgaben wie vorsorgender Katastrophen- und Umweltschutz, eine am Menschen orientierte Sicherung des Bildungs- und Sozialsystems sowie die EU-Erweiterung als Chance für eine offenes und solidarisches Europa warten weiterhin auf zukunftsorientierte Lösungen.

Voraussetzung dafür ist das Brechen der blau-schwarzen Mehrheit bei der Wahl am 24. November. Das allein ist jedoch noch keine Garantie für eine verantwortungsvolle Politik in Österreich. Maßgebliche Kräfte in SPÖ und ÖVP basteln bereits an einer Rückkehr in die Große Koalition der Erstarrung.

Eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis wird es mit uns nicht geben. Voraussetzung dafür ist ein deutlicher Zugewinn bei der kommenden Wahl sowie eine inhaltliche Neuorientierung der Politik in Österreich.

Eckpunkte dafür sind die Ökologisierung der Wirtschaft, zukunftsweisende Maßnahmen im Bildungs- und Sozialbereich sowie ein Frauengleichstellungspaket, das diesen Namen auch verdient. Darüber hinaus gilt für uns Grüne der Grundsatz "Wer legal in Österreich lebt, muss auch hier arbeiten dürfen".

Verführte Koalitionsspekulationen verstellen den Blick auf die entscheidenden Fragen bei dieser Wahl:

- Kommt es zu einer Neuauflage der blau-schwarzen Koalition? Bundeskanzler Schüssel hat bereits erklärt "Ich würde es wieder tun".
- Steht den ÖsterreicherInnen eine Rückkehr in die rot-schwarze Koalition der Erstarrung ins Haus?
- Oder kommt es zu einem zukunftsorientierten und offenen Österreich, in dem wir alle wieder freier atmen können?

Dafür braucht Österreich starke Grüne.

Alexander Van der Bellen

Fairteilen: was die Grundsicherung kann, was sie nicht kann...

Das Grüne Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung

Wir Grüne glauben, dass jeder Mensch das Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat. Das ist heute nicht mehr selbstverständlich:

- Persönliche Talente und Fähigkeiten werden unterdrückt statt gefördert.
- Die Arbeitswelt orientiert sich immer weniger an Menschen als am Profit.
- Arbeitslose werden ausgegrenzt.
- Familien gleiten in Armut.
- Frauen werden verstärkt in die Abhängigkeit von Männern oder vom Staat getrieben.
- MigrantInnen und AsylantInnen werden als Sündenböcke missbraucht.
- Menschen mit physischen oder psychischen Einschränkungen werden diskriminiert.
- Einige wenige werden immer reicher, während immer mehr Menschen immer ärmer werden.

Unsere politische Antwort heißt: Soziale Sicherheit für alle

- Die Grüne Grundsicherung sorgt dafür, dass Menschen ohne ausreichendes Einkommen eine finanzielle Überlebensbasis haben.
- Durch die bezahlten Karenzmodelle fördert sie Bildung, Kreativität, flexiblere Lebensmodelle und die Umverteilung der Arbeit.
- Durch eine Verbesserung der staatlichen Infrastruktur und den kostenlosen Zugang zu Aus- und Weiterbildung, Gesundheitswesen und Kinderbetreuungseinrichtungen führt sie zu einer Annäherung der Startvoraussetzungen zwischen Reichen und Ärmern, zwischen Stadt und Land.
- So gibt die Grüne Grundsicherung allen Menschen die Sicherheit, in Würde

eigenständig überleben zu können. So sichert die Grüne Grundsicherung Chancen auf die Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten, Talente und Lebenskonzepte.

Was die Grüne Grundsicherung nicht kann:

- Eigeninitiative ersetzen;
- alle Probleme der ungerechten Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit lösen;
- die dringend nötige Einführung eines Mindesteinkommens ersetzen;
- Arbeitslosigkeit, sozial unzureichend abgesicherte Jobs und geringfügige Beschäftigung abschaffen;
- die Diskriminierung von Frauen, Lesben und Schwulen, Behinderten, Alten, Kindern, Arbeitslosen, MigrantInnen, Kranken, Minderheiten beseitigen;
- Profitgier und internationalem Kapitalismus die nötigen Schranken setzen;
- Steuergerechtigkeit herstellen.

Die Bedürfnisse eines Kleinkindes, einer Studentin, eines Mannes im besten Alter und einer Pensionistin sind unterschiedlich. Das hat mit ihrem unterschiedlichen Lebensalter zu tun, das hat aber auch mit unterschiedlichen individuellen Lebenssituationen und der Stellung in der Gesellschaft zu tun. Die Grüne Grundsicherung gibt allen eine finanzielle Überlebensbasis. Darüber hinaus sichert sie, je nach Alter und persönlichen Bedürfnissen, Chancen auf Bildung, Neuorientierung und aktiver, gesellschaftlicher Teilhabe. Die Grüne Grundsicherung entwickelt so unser Sozialversicherungssystem weiter. Und sie macht das hochkomplizierte Sozialversicherungssystem viel leichter durchschaubar.

Karl Öllinger, Sozialsprecher

“Maculan-Haus“-Abriss: Gibt es Konsequenzen?

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde am 28./29.Juni das zum Ensemble der “Klimt-Villa” gehörende sogenannte “Maculan-Haus” in der Feldmühlgasse 9 (Unter Sankt Veit) abgerissen, obwohl es in einer Schutzzone liegt und keine Bewilligung gem. § 60 Wr. Bauordnung für den Abbruch vorlag. Erfreulich ist, dass

unser aus diesem Anlass gestellter Antrag, die gesetzlichen Bestimmungen bei illegalen Abbrüchen in Schutzzone zu verschärfen, in der Bezirksvertretungssitzung vom 18. September 2002 von allen Parteien mitgetragen und einstimmig beschlossen wurde. Am 10. Oktober kam allerdings eine schriftliche Antwort von SPÖ-Wohnbaustadtrat Faymann auf eine zum Abriss des “Maculan-Hauses” (grundbücherlicher Eigentümer der Liegenschaft ist Alexander Maculan) gestellte grüne Anfrage im Gemeinderat, die mehr als unbefriedigend ist. Aus ihr geht hervor, dass gegen die Firmen, die den Abbruch in Auftrag gegeben bzw. durchgeführt haben, eine Verwaltungsstrafe von jeweils EUR 4.620 (das entspricht rund 63.500 Schilling) verhängt wurde. Auf die Frage, ob die gesetzlichen Bestimmungen, die in solchen Fällen eine Höchststrafe von EUR 21.000 vorsehen, ausreichend seien, antwortete der Stadtrat

folgendermaßen: “Zum angesprochenen Strafrahen der § 135 BO ist festzustellen, dass dieser normalerweise ausreicht, um vorschriftswidrigen Abbrüchen vorzubeugen”. Diese Aussage darf hinterfragt werden, handelt es sich bei solchen Summen doch um Größenordnungen, die von Bauspekulanten locker “aus der Portokasse” beglichen werden könnten! Jede Provision bei mittleren Projekten macht ein Mehrfaches dieser Summe aus. Auch der Vorschlag, in Fällen von illegalen Abbrüchen die gesetzliche Möglichkeit der Verhängung einer Bausperre über das Grundstück zu verhängen, wird von Stadtrat Faymann nicht befürwortet, denn es “kann eine Bausperre nicht längerfristig aufrechterhalten werden, (da) das nur zu brachliegenden Flächen führen würde”.

Gegenfrage: Was ist so schlimm an einigen brachliegenden Flächen? Auch die Verpflichtung zur Wiedererrichtung eines illegal abgerissenen Gebäudes in einer Schutzzone im ursprünglichen Zustand sei nicht möglich, da dann “alle Objekte in Schutzzone detail- und maßgetreu zu dokumentieren” wären.



**Illegaler Abriss in Schutzzone:
SP-Stadtrat sieht keinen
Handlungsbedarf**

Zwar sei, so Faymann in der Anfragebeantwortung, am Samstag den 29. Juni ein Permanenzingenieur der Stadtbaudirektion telefonisch erreichbar gewesen, als besorgte AnrainerInnen anriefen, um den Abbruch zu verhindern, es sei für ihn jedoch nicht möglich gewesen, das Protokoll der MA 37 (Baupolizei) abzufragen um festzustellen, ob baubehördliche Bewilligungen zum Abbruch vorlagen. Als die Polizei endlich beim Tatort war, um dies zu überprüfen, war das Haus bereits fast ganz abgerissen. Für “Nachahmungstäter” drängt sich förmlich die Lehre auf: “Werdet am Wochenende aktiv!”

Wir dürfen gespannt sein, wie die Hietzinger Bezirksvertretung, die ja einstimmig eine Änderung der gesetzlichen Situation wünscht, auf eine ähnliche Antwort wie die obige aus dem Rathaus reagieren wird.

Gerhard Jordan

Tiefgarage und neue Luxuswohnblocks in der Auhofstraße?

Im Zuge der Diskussion über die Errichtung einer Tiefgarage (“Volksgarage”) im Steinitz-Hof wurde bei der Sitzung der Bezirks-Planungskommission am 28. Mai 2002 das Projekt vorgestellt, diese Garage in die Auhofstraße 8 zu verlegen und gleichzeitig drei Blocks mit Eigentumswohnungen sowie ein Bürohaus am Hietzinger Kai zu errichten. Die bestehende Flächenwidmung (Plandokument Nr. 7048, beschlossen vom Gemeinderat am 24. Juni 1998) müsse für ein solches Bauvorhaben allerdings geändert werden.

Es liegt bis heute kein neuer Flächenwidmungsplanentwurf vor, doch seit Mitte Oktober prangt am Hietzinger Kai ein Schild, das unter dem Namen “Parkresidenz Hietzing” für das Projekt wirbt. Luxuswohnungen als Kapitalanlage werden angepriesen und auch im Internet beworben.

Die Frage, die sich stellt ist: Wurde das Projekt tatsächlich “abgespeckt” oder soll einfach mit dem Bauen begonnen werden? Sollte auch die verkehrserregende “Volksgarage” mit Ein- und Ausfahrt in der Auhofstraße errichtet werden, ist in dem Gebiet Chaos vorprogrammiert.

Wir werden die Entwicklung jedenfalls genau beobachten.



**Auhofstraße/Hietzinger Kai: Wird sich der
Bauträger an die bestehende Widmung halten?**

MEHR GRÜN für FußgängerInnen bei der Kennedybrücke!



Wie berichtet, ist seit einigen Monaten ein Antrag verwirklicht, den wir im Vorjahr in der Bezirksvertretung gestellt haben und der einstimmig angenommen wurde: die Schaffung einer zusätzlichen Grünphase für FußgängerInnen bei der Ampel von der Station Hietzing (Kennedybrücke) zur Hietzinger Hauptstraße.

FußgängerInnen müssen bei dieser Ampel nun außerhalb der Stoßzeiten und am Wochenende statt 85 Sekunden nur noch 35 Sekunden warten, da die Umlaufzeit von 100 auf 50 Sekunden halbiert wurde.

Über dieses "Mehr an Grün", das auch der Verkehrssicherheit dient, freuen wir uns besonders.

Reithalle im Weltkulturerbe verhindert?

Ein grüner Antrag in der Bezirksvertretungssitzung am 18. September 2002, der sich gegen den geplanten Standort eines Lipizzaner-Trainingszentrums mit Reithalle, 85 Pferdeboxen und Parkplätzen auf dem im Weltkulturerbe Schönbrunn liegenden Areal der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau bei der Kammermeierei (Seckendorff-Gudent-Weg) aussprach, wurde einstimmig angenommen. Für die Betreiber des Projekts wird es nun kaum mehr möglich sein, eine Verbauung gegen den erklärten Willen des Bezirkes Hietzing (z.B. über eine §69-Ausnahme im Bauausschuss) durchzusetzen.

Ein Stück des UNESCO-Weltkulturerbes Schönbrunn ist damit wohl vorerst gerettet.

Buslinien in Ober St. Veit gerettet!

Im Juni beschloss die Hietzinger Bezirksvertretung gegen die Stimmen der Grünen, am späten Abend die Buslinien 53B, 54B und 55B, die Ober St. Veit und Hacking bedienen, durch Anruf-Sammeltaxis (ASTAX) zu ersetzen. Der Vorteil des ASTAX, nämlich zusätzliche Mobilität, wäre hier wegen der Verschlechterung eines bestehenden Angebots vor allem durch den Zwang zum Telefonieren (in der Regel per Handy) weggefallen. Im Sommer unterschrieben rund 3.500 HietzingerInnen für die Beibehaltung der Busverbindungen nach 21 Uhr.

Diese Aktion hat dazu geführt, dass sich am 21. Oktober VertreterInnen aller Parteien endgültig darauf geeinigt haben, den Abendbetrieb der Buslinien beizubehalten. Nur die Anbindung der Hermesstraße durch den 156B am späten Abend auf Fahrgastwunsch, die eine echte Verbesserung des Angebots darstellt, soll erreicht werden.

Zwar betonen VertreterInnen der Großparteien, dass die Busse voll wären, wenn alle 3.500 UnterstützerInnen der Unterschriftenaktion auch wirklich diese als Fahrgäste benutzen würden, doch hat die Sammlung sicher zu einem stärkeren Bewusstsein der Wichtigkeit eines guten ÖV-Angebots beigetragen, was sich auch auf die Frequenz positiv auswirken könnte. Denn es wird auch weiterhin Versuche geben, in diesem Bereich einzusparen. G.J.

Neues von der U4-Station Ober St. Veit

Der neue Aufzug bei der U4-Station Ober St. Veit ist seit Kurzem in Betrieb. Erfreulich ist, dass auch eine im Juni 2001 von Grün-Bezirksrätin Ingrid Risha beantragte Maßnahme mittlerweile umgesetzt wurde: Die Anbringung von Leitlinien für Blinde und Sehgeschwache in allen Bereichen der Station.

Was die Verbindung mit den anderen öffentlichen Verkehrsmitteln betrifft, so wurde bei einem Lokalausgang der

Bezirksverkehrskommission am 9. Oktober Konsens über folgende Lösung erzielt: Die (aus der Franz-Boos-Gasse kommenden) Buslinien aus Ober St. Veit sollen zwei mal halten: Auf dem Hietzinger Kai gleich bei der Franz-Boos-Gasse, und dann nochmals in der Nähe des neuen Aufzuges. Dies würde einerseits den alten Hauptein- und Ausgang der Station (wo sich auch eine Trafik befindet) weiterhin anbinden, es aber auch gebrechlichen Personen ermöglichen, beim Umsteigen zur U4 zum Aufzug am östlichen Ende der Station weiterzufahren bzw., wenn sie von der U-Bahn kommen, dort in die Linien 54B und 55B einzusteigen.

Blumen statt Blech

Der breite Gehsteig vor einem Blumengeschäft in Ober St. Veit, nämlich in der Rohrbacherstraße/Ecke Sommerergasse beim Streckerpark, lud AutofahrerInnen immer wieder ein, unerlaubterweise ihren fahrbaren Untersatz dort zu parken – und zwar auch nach der Schaffung zusätzlicher Parkplätze auf dem Kreuzungsplateau Auhofstraße/Tuersgasse/Diabelligasse.

Grün-Bezirksrätin Brigitte Roth setzte sich seit Monaten für eine Lösung ein. Als die Pflanzung von Bäumen wegen der Einbauten und der Kosten abgelehnt wurde, kämpfte sie für die Aufstellung von Blumentrögen – mit Erfolg: Vor dem "Gartenparadies" wird es in Zukunft Blumen statt Blech geben, der Besitzer kümmert sich um die Pflege. Zwei der Tröge werden aus dem Bezirksbudget bezahlt.



Asyl in Hietzing

Die Volkshilfe als Trägerorganisation führt seit Jahren ein Heim in der Joseph-Lister-Gasse 72 beim Hörndlwald für AsylwerberInnen in Bundesbetreuung (ausschließlich für Familien mit nicht abgeschlossenem Asylverfahren). Die Unterbringung ist menschenwürdig, besonders im Vergleich zum Lager Traiskirchen, die Verpflegung ist den Herkunftsländern (vor allem Afghanistan, Iran, Irak) angepasst. Die abgelegene Grünlage schafft allerdings Probleme der Ghettoisierung wegen des großen Zeitaufwandes, nach Wien-Zentrum und zurück zu gelangen. Es gibt kein Geld für z.B. Fahrscheine der Wiener Linien, keine Deutschkurse und keine Arbeitsbewilligungen! Und das bei einer Aufenthaltsdauer von bis zu 4 Jahren (in Einzelfällen auch länger).

Ich hatte das Glück, die Familie NASIRI näher kennenlernen zu dürfen.

Sie besteht aus dem Vater TOW-FIGH-AHMAD (geb.1967) der Mutter JAWIDE und den drei Töchtern FLORANS, 8 Jahre (Volksschule), FRUSAN, 6 Jahre (Volksschule) und MARIAM, 5 Jahre (Kindergarten). Alle drei sprechen bereits Deutsch. Der Vater ist geringfügig beschäftigt (15 Stunden/Woche) bei der MA48 (Müllabfuhr), erhält dafür EUR 270 und kann sich bereits auf Deutsch verständigen.

Zur Geschichte der Flucht: 25 Jahre herrscht Krieg in Afghanistan, Familie NASIRI gehört zur zweitgrößten Volksgruppe nach den Paschtunen, nämlich zu den Tadschiken. Die Familie hat in Kabul in einem gemieteten Haus gelebt. Frau Nasiri war Lehrerin in der Alphabetisierung für ältere Erwachsene. Herr Nasiri hat die Ausbildung zum Tierarzt an der Universität Kabul ab-

geschlossen. Seine Arbeit über viele Jahre war Pflegehelfer für Minenopfer in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz. Er ist zum Unfallort hingefahren hat die Verletzten erstversorgt ins Spital gebracht, betreut und die Prothesen angepasst. Zusätzlich hat er Kinder im Spital gepflegt. Nach der Machtübernahme der Taliban ließ er sich einen Bart wachsen, um weiterarbeiten und seine Familie ernähren zu können. Seine Frau war mit drei Kindern an das Haus gefesselt und durfte nicht mehr unterrichten. Er selbst war wie sein Vater und Bruder Mitglied der Partei des früheren

Präsidenten Nadschibullah. Eines Tages wurde er verhaftet und konnte mit Hilfe von Verwandten aus dem Gefängnis entkommen. Zwei Brüder seiner Mutter waren zu diesem Zeitpunkt von den Taliban bereits ermordet worden. Er beschloss mit seiner Familie zu flüchten und gelangte für 7.000 Dollar (die gesamten Ersparnisse) auf abenteuerlichen Wegen nach Österreich. Der Asylantrag wurde in 1.Instanz sofort abgewiesen, mit Hilfe eines Rechtsanwalts von "Asyl in Not" ging die Familie in die Berufung und wartet bis heute auf

die Entscheidung in 2. und letzter Instanz.

Beurteilen Sie selbst, ob diese Familie politisches Asyl in Österreich erhalten sollte oder nicht.

P.S.: Nach meiner Ansicht ist die Familie bereit, sich hier in Wien zu integrieren und hat ausgezeichnete Voraussetzungen dafür. Wenn Sie spenden wollen: bitte auf das Konto der Hietzinger Grünen, Die Erste (BLZ 20111) Nr. 03846172, mit dem Vermerk "Afghanistan" oder "NASIRI" (die Mutter braucht dringend einen Deutschkurs, die Familie hat keine eigene Kontonummer).

Albert Hirl



Bezirksrat Albert Hirl mit Flüchtlingen im Hörndlwald

Schönbrunn: Zugang ist kein "Aushängeschild"

Schönbrunn ist die meist besuchte Sehenswürdigkeit Österreichs. Der erste Anblick für BesucherInnen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen - und das sind immerhin 40%! (rund 45% kommen mit Bussen, nur 10-15% mit dem Auto) - trägt dem kaum Rechnung. Zuerst ist eine stark befahrene Straße zu überqueren, dann folgt ein Marsch an unwirtlichen Mauern entlang. Dabei gäbe es Lösungsvorschläge: Ein Projekt des ArchitektInnenteams Schindler/Szedenic für die Gestaltung des Vorfelds zwischen Haupteingang und Grünbergstraße sieht eine Verkehrsberuhigung, Begrünung und kulturelle Belebung vor. Jetzt müsste nur noch die Initiative des Bundes zur Umsetzung kommen, auch finanziell. Mit wesentlich weniger Aufwand könnte bei der zweiten Station der U4, Hietzing, eine Verbesserung erfol-

gen: Es müsste lediglich das Tor zum Schlosspark schräg gegenüber der Kennedybrücke geöffnet werden. An den dafür nötigen ca. 70.000 EUR Personalkosten pro Jahr kann es nicht ernsthaft liegen. Durch die Installierung eines Kiosk könnten etwa Einnahmen lukriert werden, die einen Teil der Kosten abdecken. Eine Co-Finanzierung durch den Bezirk, der einen grünen Antrag auf Öffnung des Tores im Vorjahr einstimmig angenommen hat, könnte z.B. ein erster Schritt zur Realisierung sein.

Versiegelung

Grün-Bezirksrätin Brigitte Roth fordert einen Stopp der Versiegelung öffentlicher Flächen (wie sie gerade am Gutzkowplatz erfolgte) für Parkplätze. Zwar steht diese Forderung im Umweltkonzept des Bezirks Hietzing, doch scheint dies in der Praxis, wie zahlreiche Beispiele zeigen, kaum jemanden zu interessieren.

Promenade bei Verbindungsbahn

Entlang der Verbindungsbahn befindet sich in der südlichen Verlängerung der Hummelgasse, zwischen Veitingergasse und Jagdschlossgasse, eine Promenade, deren Erhaltungszustand sehr zu wünschen übrig lässt. Deshalb wurde bei der Bezirksvertretungssitzung am 18.September ein grüner Antrag einstimmig angenommen, der vorschlägt, den Weg, für den derzeit die ÖBB zuständig sind, in die Verwaltung der Stadt Wien zu übertragen.



"Promenade" bei der Verbindungsbahn

Premiere: Grünes Fahrrad-Geschicklichkeitsfahren

Am 21. September fand zum wiederholten Mal das traditionsreiche alljährliche Hietzinger Bezirksfest statt, das von einer Gruppe engagierter und ideenreicher Geschäftsleute veranstaltet wird. Zahlreiche Unternehmen, Gruppen, Organisationen und Vereine tragen zum Gelingen bei. Heuer gab es eine Premiere: Erstmals gab es auch einen Beitrag der Hietzinger Grünen. Dieser Beitrag bezog sich thematisch auf den Folgetag, den 22. September. Das ist näm-

lich der europaweite "Autofreie Tag", an dem in Hunderten von Städten für



"sanfte Mobilität" geworben wird.

Was lag da näher als das Fahrrad? So kam es, dass von 10 bis 17 Uhr in der Fascholdgasse (eine kleine Seitengasse der Altgasse im Hietzinger Ortskern), ein Fahrrad-Geschicklichkeitsfahren für Kinder stattfand. Das Interessante dabei: Nicht wer am schnellsten war, gewann den

Bewerb, sondern wer am langsamsten die markierte Strecke befuhr – selbstverständlich ohne abzusteigen oder hinzufallen. Vor allem am Nachmittag stieg der Andrang und der Ehrgeiz der Beteiligten. Es wurden schließlich Pokale in drei Altersklassen vergeben, doch alle, die mitgemacht hatten, bekamen kleine Trostpreise.

Ein "Da capo" wird angesichts der gelungenen Premiere überlegt – auch wenn das Bezirksfest im nächsten Jahr nicht mit dem "Autofreien Tag" zusammenfällt.

Zankapfel Hundezone Hügelpark

Mit gemischten Gefühlen betrachteten die AnrainerInnen Hietzings und Unter St. Veits die Umgestaltung des mitten im "Cottage" gelegenen Hügelparks in den Sommermonaten. Nicht nur die Kosten, sondern vor allem der Kahlschlag an Bäumen und Sträuchern sorgte für Kritik. (Wir Grünen hatten schon vor über einem Jahr Bedenken geäußert, leider vergeblich).

Jetzt sorgt ein weiteres Thema für Emotionen: Die Frage, ob an der Kupelwiesergasse ein etwa 1.800 Quadratmeter großes Stück Wiese als Hundezone Verwendung finden soll oder nicht. Obwohl die GegnerInnen und viele BefürworterInnen der Zone ein gemeinsames Anliegen haben, nämlich die Trennung der Hunde von den spielenden Kleinkindern, prallen die Meinungen aufeinander: BefürworterInnen argumentieren, dass die Hunde schon vorher eine Zone gehabt hatten und auch Raum bräuchten; die GegnerInnen fürchten ein übelriechendes "Hun-

deklo" in ihrer Nachbarschaft und verweisen auf andere Auslaufmöglichkeiten wie den Roten Berg.

Bezirksvorsteher Gerstbach setzte nach einigen Zickzack-Wendungen erst einmal auf Abwarten und eröffnete den neuen Hügelpark Anfang Oktober ohne Hundezone. Er will nun eine BürgerInnenversammlung einberufen. Es bleibt zu hoffen, dass zu dieser professioneller eingeladen wird als zu derjenigen am 3. Oktober 2001, von der die meisten AnrainerInnen (wenn überhaupt) eher durch Zufall erfahren hatten.

Angesichts der hochgehenden Emotionen wäre es vielleicht auch empfehlenswert, ein Mediationsverfahren, bei dem unter professioneller Anleitung Konflikte produktiv ausgetragen und Argumente abgewogen werden, durchzuführen.

Ein weiterer Punkt müsste eigentlich bei beiden Streitparteien Konsens sein: Nicht die Hunde sind das Problem, sondern die (wenigen, aber lautstarken) Rücksichtslosen und Sturen unter den HundehalterInnen. Lösungen müssen also zu Allererst beim menschlichen Verhalten ansetzen.

Für ein Café in der Dr.-Schober-Straße

An der Lainzerbachstraße/Dr.-Schober-Straße wurde in den Jahren 1951/52 ein Gemeindebau, die sogenannte "Kongress-Siedlung" errichtet. 1965 entstand gegenüber das Pensionistenheim "Föhrenhof", eines der ältesten Wiens.

Mit allzu viel Nahversorgung ist dieser Bezirksteil leider nicht gesegnet. Umso mehr stört es die Bevölkerung, dass in der Dr.-Schober-Straße 10 ein Lokal, das früher ein Installateurgeschäft war, offenbar seit Jahren mit Duldung der Gemeinde als "Gerümpel-Lager" zweckentfremdet wird.

Direkt gegenüber befindet sich der Eingang des Pensionistenheims. Unserer Meinung nach wäre es wesentlich vernünftiger,



das Lokal wieder dem Zweck der Nahversorgung zuzuführen: Etwa durch ein kleines Café (vielleicht mit Schanigarten) für die in unmittelbarer Nachbarschaft wohnenden SeniorInnen. Für Abwechslung wäre gesorgt, das Grätzl würde belebt und die Gemeinde Wien könnte bei der Höhe der Miete Entgegenkommen zeigen. Auf eine Anfrage, die wir in der Bezirksvertretung in dieser Angelegenheit stellten, antwortete der Bezirksvorsteher, dass das Lokal zwar derzeit noch vermietet sei, dass sich aber InteressentInnen bei den zuständigen Referenten von "Wiener Wohnen" melden sollen.

Falls also jemand, der immer schon ein nettes Kaffeehaus betreiben wollte, diese Zeilen liest: Erkundigen Sie sich!

Gerhard Jordan

GRÜNE FRAUEN MACHEN POLITIK

Die Grünen sind für die Stärkung von Frauen in Politik, Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft. Sowie für die Selbstbestimmung von Frauen und die Vielfalt der Lebensentwürfe, für Macht, Jobs und Einkommen. Daher fordern die Grünen ein eigenständiges Ministerium mit Ressourcen und Kompetenzen, also ein Ministerium für Frauenpolitik und Genderfragen. Es soll u.a. sowohl eine Grundsatzabteilung als auch eine Gender-Mainstreaming-Abteilung geben. Juristinnen, Ökonominen und Soziologinnen sollen in die Entstehung aller Gesetze einbezogen werden, um geschlechtsspezifische Wirkungen zu analysieren und hier im Sinne der Geschlechtergleichstellung mitzuwirken. Weiters sind Gesetze nach einer gewissen Geltungsdauer auf die tatsächlichen Auswirkungen hin zu untersuchen. NGO's und Frauenberatungsstellen sind einzubinden. Die Entwicklung internationaler Verträge betreffend Frauenrechte werden hier beobachtet und die Umsetzung solcher Verträge in Österreich untersucht und vorangetrieben.



Um zu zeigen, wie und was ein "Grünes Frauenministerium" ist, werden vom 16. November bis 23. November in einem von Künstlerinnen gestalteten Zelt neben der Oper, 1010 Wien, Herbert von Karajan-Platz, täglich Veranstaltungen stattfinden. Kommen Sie, schau'n Sie sich das an!

Ingrid Risha
Kandidatin der Hietzinger Grünen
auf der Wiener Landesliste und auf der
Regionalwahlkreisliste Wien-Südwest.

Termine:

Samstag, 16.11., ab 14h: Präsentation von Frauenorganisationen, Alternative Modenschau, Musik.

Sonntag, 17.11., ab 10h: Brunch, ab 12h Filmvorführungen, ab 15h Frauenbuchhandlung Löwenherz und Bücher-tausch, abends Musik.

Montag, 18.11., ab 10h: Eröffnung mit Eva Glawischnig und Monika Vana, ab 12h Kochen und Essen mit NR-Abg. Kurt Grünwald. Ab 14h Sofa-Talk zum Thema "Frauengesundheit versus Männergesellschaft". Ab 18h Podiumsdiskussion mit Eva Glawischnig u.a. zum Thema "Selbstständig ist die Frau".

Dienstag, 19.11., ab 12h kochbegleitendes Gespräch und Essen mit Alexander van der Bellen, Peter Pilz u.a., ab 14h Sofa-Talk zum Thema "Grüne Frauen regieren". Ab 18h Podiumsdiskussion: "Das weibliche Gesicht der Migration". Integration von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt. Fakten und Chancen der Gleichberechtigung. Anschl. Fest mit Buffet und Live-Musik.

Mittwoch, 20.11., ab 10h: Offenes Pressegespräch mit Karl Öllinger und Monika Vana. Thema: "Frauen und Arbeitswelt". Ab 12h Kochen und Essen mit Karl Öllinger, ab 14h Sofa-Talk mit ihm. Ab 18h Aktion der AUGE/Alternative und Grüne Ge-

werkschafterInnen/UG: "Schmutzige Wäsche Waschen".

Donnerstag, 21.11., ab 10h: Offenes Pressegespräch mit Eva Glawischnig u.a., Präsentation des Projekts "Frauenstimmen", ab 12h wieder Kochen und Essen, ab 14h Sofa-Talk mit Eva Glawischnig, AUGE und der "Grünen Wirtschaft" zum Thema "Typisch - Atypisch. Teilzeitarbeit und Neue Selbständigkeit". Ab 18h Podiumsdiskussion mit Eva Glawischnig, Monika Vana und einer feministischen Budgetexpertin: Grüner Standpunkt zu Globalisierung und Umverteilung. Danach wird eine Kabarettistin die Fernseh-Diskussion der Spitzenkandidaten kommentieren.

Freitag, 22.11., ab 12h: Kochen und Essen, ab 14h Sofa-Talk mit Claudia Sommer-Smolik und Albert Steinhauer zum Thema "Vereinbarkeit von Beruf und Familie". Ab 20h Musik mit DJane. Ab 18h Gesprächsabend mit Ulrike Lunacek.

Samstag, 23.11., ab 15h: Abschlussfest.

Sprechstunden der grünen BezirksrätInnen: Nach Vereinbarung (Tel. 4000/81832). Wir schicken Ihnen auf Wunsch auch gerne das Grüne Wahlprogramm zu.

Die nächste Sitzung der Hietzinger Bezirksvertretung findet am Mittwoch, den 4. Dezember um 18 Uhr im Großen Festsaal des Amtshauses (1130, Hietzinger Kai 1-3) statt. ZuhörerInnen sind willkommen.

Die Hietzinger Grünalternativen Nr.4, November 2002; bei Unzustellbarkeit an: Die Grünen Hietzing, Postfach 268, 1131 Wien, Zulassungsnummer: GZ02Z031850M, Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt: 1070 Wien, P.b.b.

- Bitte schicken Sie mir Ihre Zeitung regelmäßig zu.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Verteiler für den grünen "E-Mail-Newsletter" auf.
- Ich möchte bei den Hietzinger Grünen mitarbeiten.
- Ich möchte Unterstützer/in der Hietzinger Grünen werden.

Name:

Adresse:

Tel.:

E-Mail:

An die
Grüne Alternative
Bezirksgruppe Hietzing
Postfach 268
1131 Wien

Postgebühr
zahlt
Empfänger

An einen Haushalt